

Der französische Gewerkschaftskongress in Nantes

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **18 (1938-1939)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-333475>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

sollte, gerne und freudig bereit sein, sich kräftig dafür einzusetzen, daß die Worte der Offenbarung hier erfüllt werden: Ich will dir abwischen die Tränen auf deinen Augen.

Der französische Gewerkschaftskongreß in Nantes

Von * * *

I. Von Toulouse nach Nantes.

Im März 1936 war in Toulouse die Einheit zwischen dem freigewerkschaftlichen und dem kommunistischen Gewerkschaftsverband zustande gekommen. Die Einigung war damals nicht ohne Schwierigkeiten, aber schließlich doch vollständig hergestellt worden, weil die Kommunisten zu jeder Konzession bereit gewesen waren. Im Mittelpunkt der Statutendiskussion hatte die Frage gestanden, wie die Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen von der politischen Bewegung zu sichern sei. Hier standen die starken syndikalistischen Traditionen der französischen Gewerkschaftsbewegung den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale gegenüber, die ein Uebergreifen der Kommunistischen Partei, also einer politischen Organisation, auf die Gewerkschaftsbewegung vorsehen. Schließlich hatten aber auch die Kommunisten die Grundsätze der 30 Jahre zuvor auf dem Kongreß von Amiens beschlossenen Charte angenommen:

»Jedes Gewerkschaftsmitglied hat die volle Freiheit außerhalb des beruflichen Verbandes an allen Kämpfen teilzunehmen, die seinen politischen und philosophischen Auffassungen entsprechen. Jedoch wird von ihm verlangt, daß er nicht innerhalb der Gewerkschaften die Meinungen vertritt, für die er außerhalb eintritt.«

Die statutengemäße Festlegung dieser Autonomie geschah in Toulouse in der Weise, daß bestimmt wurde, kein Vorstandsmitglied der CGT. dürfe irgendein politisches Mandat innehaben. Da die CGT. traditionell den einzelnen Berufsverbänden die größte Freiheit läßt, war die Ausdehnung einer solchen Bestimmung auf die leitenden Funktionäre dieser Verbände nicht möglich; hierdurch entstanden in der Folge die größten Schwierigkeiten.

Wenige Monate nach dem Einigungskongreß kam es zu den Massenstreiks vom Juni, die der Gewerkschaftsbewegung einen bisher niemals erreichten Aufschwung gaben.¹ Es gab Verbände, die ihre Mitgliederzahl verzwanzigfachen, Industriezweige, in denen man bisher noch unbedeutende Gewerkschaften gezählt hatte, waren plötzlich bis zu 90 Prozent organisiert, die Zunahme in den wichtigen Industriestädten, wie Paris und Lyon, war besonders stark. Es waren nicht nur die neuen, großen Hoffnungen, die die Volksfrontbewegung erweckt

¹ Vgl. unsern Aufsatz in Nr. 12, August 1936, dieser Zeitschrift.

hatte, sondern auch die Zufriedenheit über die wiedergefundene Einheit, die den an sich schwer organisierbaren französischen Arbeiter zum Eintritt in die CGT. veranlaßten. Naturgemäß handelte es sich bei diesen Schichten bisher Unorganisierter zum Teil um radikalisierte Elemente, die leicht unter dem politischen Einfluß der Kommunisten kamen.

Die Kommunistische Partei begnügte sich nicht mit dem ihr so spontan zufallenden Masseneinfluß, sondern versuchte ihn systematisch durch ihre Betriebszellenarbeit zu organisieren. In zahlreichen Betrieben wurde es bald deutlich, daß hier die Gewerkschaftsmitglieder auf Weisungen ihrer politischen Partei handelten und daß die in den Betrieb getragenen Losungen: »Des Avions pour l'Espagne, Ouvrez la Frontière« usw. Oftmals überhaupt nichts mit dem eigentlichen gewerkschaftlichen Tätigkeitsbereich zu tun hatten. Hatte man erwartet, die Kommunisten würden eine von ihnen in der Zeit der CGTU. herausgegebene Wochenzeitschrift nach vollzogener Einigung einstellen, so sah man sich getäuscht. Ihre Zeitung »La Vie Ouvrière« wurde ausgebaut und geschickt dazu ausgenützt, die Sammlung aller kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder zu betreiben.

Nach einiger Zeit löste ein solches Verhalten die Reaktion der alten CGT.-Mitglieder aus. Sie gründeten eine eigene Wochenzeitschrift »Syndicats«, organisierten Freundeskreise um den wachsenden Einfluß der Kommunisten wirksam zu hemmen. Daß bei einer solchen Lage die neue Einheit sehr bald in Gefahr kommen mußte, daß die gemeinsame Aktion oft hinter fraktionellem Gezänk zurücktrat, war nur allzu verständlich; die Lage wurde auch nicht dadurch erleichtert, daß die Kommunisten ständig erklärten, ihnen läge eine fraktionelle Arbeit überhaupt fern und sie kümmerten sich nicht um derartige Auseinandersetzungen. Wurde dann aber von der CGT.-Leitung versucht, diesem Zustand durch die Einstellung beider Tendenzblätter ein Ende zu bereiten, so war es die »Vie Ouvrière«, die sich an einen solchen Wunsch überhaupt nicht hielt, während »Syndicats«, das von dem CGT.-Sekretär Belin herausgegeben wird, erklärte, man sei zu sofortiger Einstellung der Zeitung bereit, wenn die Kommunisten ein Gleiches täten.

Während des Jahres 1937 wuchs unzweifelhaft der kommunistische Einfluß ständig: allgemeine politische Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik, Sympathie mit der spanischen Republik trugen hierzu bei. Ihren Einfluß nützten die Kommunisten dazu aus, um systematisch die »Kolonisierung« wichtiger Berufsverbände und Departementskartelle durchzuführen. Dies geschah in der Weise, daß ohne irgendwelche Vorwürfe an die Adresse der jahrelang erprobten Funktionäre überall dort, wo der kommunistische Einfluß genügend stark war, die Vertrauensmänner oder sogar die Abgeordneten dieser Partei mit wichtigen gewerkschaftlichen Funktionen betraut wurden. Damit war das Prinzip der Charte von Amiens gebrochen, die gewerkschaftliche Unabhängigkeit bestand nicht mehr; dennoch war formell keine Verletzung der Statuten von Toulouse festzustellen, da aus den angege-

benen Gründen dort nur die Frage des Vorstandes der CGT. behandelt worden war.

Schließlich war es noch die Haltung der verschiedenen Tendenzen zum Kriegsproblem, die die Einheit aufs äußerste gefährdete, umfaßte die CGT. doch Anhänger des entschiedenen Pazifismus, ebenso wie Verfechter der Vorstellung, daß der Vertrag von München eine nationale Schmach für Frankreich sei.²

II. Die Debatten des Kongresses von Nantes

Auf der Tagesordnung des Kongresses standen neben der Diskussion des Geschäftsberichtes unter anderem die folgenden Fragen: Die soziale Gesetzgebung und ihre unentbehrliche Ergänzung durch Kündigungsvorschriften, Altersversicherung und die Sicherung des in letzter Zeit oftmals gefährdeten Betriebsrats- und Tarifrechts; die Landarbeiterfrage; ein Arbeitsbeschaffungsprogramm; die sogenannten Strukturreformen, das heißt die Nationalisierung des Kreditwesens und der Elektrizitätswirtschaft. Die gespannte Lage innerhalb der Gewerkschaftsorganisation brachte es mit sich, daß mit Ausnahme weniger Kommissionssitzungen die allgemeine Aussprache überhaupt nur den Geschäftsbericht behandelte, bei dem die gesamte Tätigkeit der CGT. sowie die Stellung zur internationalen Lage erörtert wurden. Alle in der CGT. vorhandenen Tendenzen sprachen sich in wenig organisierter Diskussion zu diesen Problemen aus.

Ein Standpunkt, der viele Berührungspunkte mit dem Anarchosyndikalismus hat, wird in der CGT. traditionell durch die Pöstler- und Korrektorengewerkschaften und durch eine Minderheit des Lehrerverbandes vertreten. Ihre Redner bringen seit der Vorkriegszeit die gleichen Formulierungen über die von ihnen abgelehnte nationale Verteidigung und über den Klassenkampfcharakter der CGT. vor. Ihre Haltung wird jetzt durch einen absichtlich in der Form provokativen Antikommunismus gekennzeichnet, der diese Fraktion auf dem Kongreß vollends isolierte.

Der Uebergang der geschilderten Gruppe zu den Kreisen um »Syndicats« ist fließend. Besonders Dumoulin, der Sekretär des nördlichen Departementskartells, im Weltkrieg ein bekannter Zimmerwalder, berührt sich in der Haltung zur Nationalverteidigung und in dem konzessionslosen Antikommunismus mit dem Standpunkt der Korrektoren. Wie diese fordert er die Zurückziehung der CGT. aus den Resten der Volksfrontformation und hält die völlige Isolierung der CGT. für den einzig möglichen Weg. Der Standpunkt des »Syndicats« wurde durch andere Redner, wie Froideval, Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft, und Bard, aus dem Sekretariat des Bergarbeiterverbandes, wirkungsvoller als durch Dumoulin vertreten, dessen Angriffe oftmals unpolitisch und Ausdruck einer bloßen Verärgerung zu sein schienen. So weit Froideval und Bard die kommunistische Kolonisierung schilderten, brachten sie nichts wesentlich Neues, zeigten aber

² Vgl. unsern Aufsatz in der Novembernummer dieser Zeitschrift, Seite 91.

durch konkrete Beispiele deutlich, welche Gefahr durch die eindeutige politische Beeinflussung der CGT. entsteht. Die gleichen Redner vertraten in der Kriegsfrage den pazifistischen Standpunkt. Lebensnäher als die Pazifisten der Sozialistischen Partei, die wenige Tage zuvor auf dem Conseil National der SFIO. ihren Standpunkt entwickelt hatten, schilderten die Gewerkschaftssekretäre die Unmöglichkeit einer massiven Aufrüstung Frankreichs, jedenfalls so lange, als man an dem demokratischen Regime festhalten wolle. Sie untersuchten die Möglichkeiten für eine freie politische und gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiterklasse unter dem Kriegszustand und hielten den Kommunisten vor, welche eine Kinderei es sei, unter dem Gesang der Internationale in den Krieg zu ziehen, wie dies tatsächlich während der Mobilmachungstage in Paris geschehen war.

Die Mehrheit des wichtigen Lehrerverbandes stellt ein Uebergang von der Gruppe um »Syndicats« zum Beamtenverbände dar. Ihr Vertreter Delmas vertritt zwar ebenfalls einen pazifistischen Standpunkt, bekennt sich auch zu einer leidenschaftlichen Verteidigung der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit und fordert die Kommunisten nachdrücklich auf, ihre Zellenpolitik aufzugeben. Gleichzeitig aber erklärt er, daß man in einem Moment, in dem die politische Reaktion von neuem ihr Haupt erhebt, nicht daran denken könne, auch nur den Schein einer antikommunistischen Politik entstehen zu lassen. Die Kommunisten hätten heute den Einfluß auf entscheidende Schichten des Industrieproletariats, sich von ihnen zu trennen, sei für jede gewerkschaftliche Organisation unmöglich. Die Rede Delmas, sowie die des Vertreters der Beamten-Gewerkschaft Lacoste, enthielt die meisten konkreten Vorschläge für die gewerkschaftliche Aktion der Zukunft. Anders noch als Delmas kommt Lacoste immer mehr von dem rein pazifistischen Standpunkt ab und vertritt, ähnlich wie etwa der Kreis junger Sozialisten um Blum die Forderung, sich gegen Hitler stärker zu machen. Die Beamtenverbände sind darum geeignet, gegenwärtig das Zentrum der CGT. zu bilden, weil sie, die schon vor 1936 einflußreich waren, unter der kommunistischen Kolonisierung wenig zu leiden haben und in Ruhe auf ein Zurückgehen des kommunistischen Einflusses warten.

Der Standpunkt der Mehrheit des CGT.-Vorstandes, unter anderem Jouhaux, ist dem der Beamten ähnlich. Der Widerstand des alten CGT.-Vorstandes gegen kommunistische Tendenzen ist nicht schwächer geworden, doch nähern sich Jouhaux und seine Freunde in außenpolitischen Fragen einem aktivistischen Standpunkt, der ihnen die Verständigung mit den Kommunisten erleichtert. Im übrigen dürften sie hoffen, ohne zu große organisatorische Schwierigkeiten über den Kulminationspunkt des kommunistischen Einflusses hinwegzukommen.

Die Kommunisten hielten in den Diskussionen an ihrer bisherigen Taktik fest: Sie versuchten nach Möglichkeit, ihre Gegner sprechen zu lassen, um dann selbst als Vertreter des Einheitswillens und der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit auftreten zu können. Es gelang ihnen dies um so leichter, als sie tatsächlich die ersten waren, die

überhaupt von den zur gleichen Zeit erlassenen Reynaudschen Notverordnungen zu sprechen begannen, freilich nur, um ihrerseits die Diskussion hauptsächlich auf die Außenpolitik zu beschränken. Diese Fragen stehen für sie derart in dem Vordergrund, daß sie über allgemeine demagogische Erklärungen hinaus überhaupt keinen konkreten innerpolitischen und sozialpolitischen Aktionsplan mehr haben. Eine nähere Erörterung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Fragen ließen daher auch die Reden der kommunistischen Funktionäre vermissen. Wenn sie dennoch von Anfang an versuchten, in namentlicher Abstimmung den Kongreß auf eine scharfe Stellungnahme zu den Reynaudischen Notverordnungen festzulegen, so taten sie dies, entweder um ihre Kräfte zu messen oder um ihrerseits den Kontakt mit dem sich schon in den Tagen des Kongresses deutlich kundgebenden Unwillen der Arbeiteröffentlichkeit zu behalten.

III. Die Resolutionen

Hatte man in den vorangegangenen Monaten befürchten müssen, daß auf dem Kongreß von Nantes eine neue Spaltung vielleicht unvermeidbar wäre, so war seit dem letzten Conseil National, der den Kongreß vorbereitete, deutlich geworden, daß niemand diese Spaltung wünsche. In einer Situation, in der die Hauptangriffe der Reaktion gegen die immer noch mächtigen Gewerkschaftsverbände gerichtet sind und sich die Gegner hierbei der Zersetzungstaktik innerhalb der Gewerkschaften zu bedienen versuchen, mußten trotz den vorhandenen Differenzen alle Anstrengungen auf die Erhaltung der Einheit gerichtet sein. Daß diese Differenzen fortbestehen, zeigte sich bereits dadurch, daß es nicht möglich war, den Kongreß auf einheitliche Resolutionen zu einigen. Die Kommunisten hatten zunächst ihrerseits selbständige Resolutionen eingebracht. Wie vorauszusehen war, stimmten sie dann aber für die vom Beamtenverband vorgeschlagenen »zentristischen« Resolutionen, die die Mehrheit auf sich vereinigten. Für die gewerkschaftliche Unabhängigkeit wurde mit 16 582 Stimmen ein Text angenommen, der sich leidenschaftlich für die Unabhängigkeit von allen politischen Parteien einsetzt. Die Minderheitsresolution, die mit 7221 Stimmen angenommen wurde (bei 1280 Enthaltungen), war darum für die Kommunisten unerträglich, weil sie sich nicht mit allgemeinen Bekenntnissen zur Unabhängigkeit begnügte, sondern festlegte, daß die Bestimmung, wonach die Mitglieder des Büros der CGT. keine leitenden Funktionäre einer politischen Partei oder Abgeordnete sein dürfen, nunmehr auch auf die 35 Mitglieder umfassende Commission administrative und nach Möglichkeit auch auf die Leitung der einzelnen Berufsverbände ausgedehnt werden sollte. In der Tat steht heute eine Reihe kommunistischer Parlamentarier an der Spitze wichtiger Verbände und vertritt die kommunistische Tendenz in jener Commission administrative. Durch die Verwerfung der die Unabhängigkeit statutenmäßig verankernden Resolution haben die Kommunisten gezeigt, was sie unter gewerkschaftlicher Unabhängigkeit verstehen, sobald es sich nicht mehr nur um flammende Wortbekennt-

nisse handelt. — Die gleichfalls von Delmas eingebrachte Minderheitsresolution zur Kriegsfrage beschäftigt sich in erster Linie mit der Organisation einer internationalen Konferenz. Obwohl Forderungen nach einer solchen internationalen Konferenz auch in dem Text der Mehrheit enthalten waren, war eine Einigung vor allem deshalb nicht zu erzielen, weil die Minderheit zur Vorbereitung dieser Konferenz auch Besprechungen und Abmachungen zwischen einzelnen Staaten, also auch der Demokratien mit den Diktaturen vorsieht. Bei der Abstimmung ergaben sich etwa die gleichen Stimmenverhältnisse wie bei der Resolution über die gewerkschaftliche Unabhängigkeit.

Berücksichtigt man, daß die Mehrheitsresolutionen nicht von den Kommunisten, sondern vom Zentrum ausgingen, daß die Mehrheit der Büromitglieder sich für sie erklärte, so erscheint die von der Minderheit aufgebrachte Stimmenzahl recht erheblich. Den gegenwärtigen Einfluß der Kommunisten innerhalb der CGT. abzuschätzen, ist eben wegen ihres Zusammengehens mit den Beamten usw. schwer möglich. Während der Verhandlungen schienen sie die Mehrheit der Kongreßteilnehmer auf ihrer Seite zu haben; durch wohl inszenierte Beifallsäußerungen und Sprechchöre gaben sie zeitweise dem Kongreß den Charakter eines politischen Meetings. Hierbei darf aber nicht vergessen werden, daß die Vertretung auf dem Kongreß nach den Mitgliederzahlen erfolgte, die die CGT. 1937 registriert hat. Inwieweit diese Zahlen noch dem gegenwärtigen Stand entsprechen, kann mit Sicherheit nicht angegeben werden. Jouhaux wandte sich während der Beratungen entrüstet gegen Behauptungen der bürgerlichen Presse, gewisse Industrieverbände hätten bis zu 50 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Wenn auch solche Angaben schon darum unbegründet sind, weil sie sich auf keinerlei konkrete Tatsachen stützen können, so muß doch angenommen werden, daß gerade bei der einer Organisation wenig sympathisch gegenüberstehenden französischen Psychologie tatsächlich gewisse Verbände stark an Mitgliedern verloren haben. Es ist bekannt und auch leicht verständlich, daß von diesem Schwund in erster Linie gerade die Verbände betroffen werden, die 1936 einen schnellen und vielleicht zu schnellen Aufschwung genommen hatten. Diese Verbände aber sind gerade besonders fest in der Hand der Kommunisten, so zum Beispiel die Metallarbeiter- und Bauarbeitergewerkschaft, der Landarbeiterverband, der Leder- und Häutearbeiterverband usw. Vielfach hatte man so den Eindruck, als ob die Kommunisten trotz ihrem gelegentlich starken Auftrumpfen selbst fühlten, daß ihr Einfluß im Rückgang befindlich ist. So gelang es ihnen in der an den Kongreß angeschlossenen Sitzung des Conseil National, weder einen dritten kommunistischen Vertreter in den CGT.-Vorstand hereinzubringen, noch den ihnen verhaßten Belin herauszudrängen. Belin ist für die Kommunisten nicht nur deswegen unerträglich, weil er Vertreter der Gruppe um »Syndicats« im Vorstand ist, sondern auch, weil er in zahlreichen Versammlungen gegen die Moskauer Prozesse und gegen die Verfolgung der spanischen POUM.-Stellung genommen hatte. Ueber die Zusammensetzung der neuen Commission administrative

gab es derartige Differenzen, daß ein neuer Conseil National zusammenberufen werden mußte, der schließlich den Kommunisten eine größere Zahl von Vertretern sicherte, ohne freilich alle ihre Wünsche zu berücksichtigen. Festzustellen war in diesen Sitzungen, daß die Kommunisten nach wie vor nicht gewillt zu sein scheinen, die Herausgabe ihres Tendenzorgans einzustellen und damit das Hindernis für die wirkliche Bereinigung der aufgetauchten Schwierigkeiten aus dem Wege zu schaffen. Jouhau mußte drohen, daß, wenn die Veröffentlichung weiterhin erfolgen würde, er sich »seine Freiheit zurücknehme«. Dies kann offenbar nur dahin verstanden werden, daß er in diesem Falle entschlossen ist, den »Burgfrieden«, den das Büro der CGT. bisher mit den Kommunisten geschlossen hatte, zu kündigen.

IV. Aktionen für die Zukunft

Zu den verschiedenen sozialpolitischen Fragen, die den Kongreß hätten beschäftigen sollen, wurden den Kommissionen sorgfältig ausgearbeitete Gesetzentwürfe vorgelegt, die einstimmig angenommen wurden. Da aber die Generaldebatte den Kongreß tagelang beschäftigt hatte, konnte die Frage, durch welche Aktionen die Annahme der Gesetzesentwürfe durchgesetzt werden sollte, nicht erörtert werden. Die am Tage der Eröffnung erlassenen Reynaudschen Notverordnungen, die allen der Arbeiterschaft gegebenen Zusicherungen widersprachen, lasteten als eine schwere Hypothek auf den Beratungen des Kongresses.

Die Kommunisten versuchten die Notverordnungen schlechthin als »nichtig« zu erklären und bemühten sich, den Kongreß zu einer Abstimmung zu bringen, die den Generalstreik festlegte. Nicht ohne Grund wandte sich Jouhau gegen eine solche rein negative Haltung der organisierten Arbeiterschaft, und Delmas wies darauf hin, daß ein Generalstreik unter den gegenwärtigen Bedingungen notwendig einen eminent politischen Charakter habe, daß er die Regierung, nach vielleicht blutigen Zwischenfällen, zum Rücktritt zwingen würde; dann aber müsse man sich darüber klar sein, was man nach dem Sturz der Regierung machen wolle, es könne in einer solchen Situation sehr schnell die Frage der Machteroberung stehen.

Obwohl die Kommunisten aus allen Teilen des Landes Telegramme organisiert hatten, die den Generalstreik forderten, sah doch der Kongreß zunächst von einem derart weitgehenden Entschluß ab und legte nur die Organisierung eines »Tages des Arbeiterwiderstandes« gegen die Notverordnungen fest. Damit ist aber die Frage des Generalstreiks noch nicht gelöst und die CGT. hat sich vorbehalten, einen entsprechenden Beschluß zu fassen.

Es hat den Anschein, als ob die französische Gewerkschaftsbewegung schon kurz nach dem Kongreß in eine entscheidende Phase ihrer Entwicklung eintreten wird. In wichtigen Betrieben, auch solchen deren Belegschaft durchaus nicht unter kommunistischem Einfluß steht, haben die Gewerkschaftsmitglieder erklärt, solange keine Beiträge mehr an ihren Verband abzuführen, als nicht ein wirkungs-

voller Widerstand gegen die Notverordnungen von der CGT. eingeleitet worden sei. Umfangreiche Streiks flackern in allen Teilen des Landes auf. Die Propaganda der Reaktion, die das Verbot der Kommunistischen Partei fordert, richtet sich auch gegen die Gewerkschaften, weil diese unter kommunistischem Einfluß ständen und ihren rein korporativen Charakter verloren hätten. In den Wochen und Monaten, die folgen, wird es sich zeigen, inwieweit die CGT. ihre alte Kampfkraft bewahrt hat. Freilich könnten die Auseinandersetzungen bald durchaus den Charakter verlieren, den sie im Juni 1936 hatten und mehr und mehr den Kämpfen der französischen Gewerkschaftsbewegung in der Vorkriegszeit ähneln.

Kemal Pascha

Ein nationalrevolutionärer Diktator

Von Rudolf Sprenger

Der plötzliche Tod des türkischen Staatsoberhauptes besiegelt eine staatliche und soziale Umwälzung, die ein verrottetes, dem Niedergang geweihtes Land mit diktatorischer Faust auf den Weg des kapitalistischen Fortschritts zwang.

Mustafa Kemal entstammte dem heißen, vom Blut nationaler Kämpfe durchtränkten Boden Mazedoniens. Trotzdem er nur einer armen Kleinbürgerfamilie angehörte, konnte er auf Grund seiner Begabung und seines frühen Ehrgeizes die Offizierslaufbahn einschlagen. Bereits als Kriegsschüler wurde er Organisator nationalrevolutionärer Verschwörerzirkel gegen den Sultans-Absolutismus, geriet vorübergehend ins Gefängnis, um im Aktivdienst seine politische Betätigung insgeheim fortzusetzen. So wurde er Mitglied der Organisation »Freiheit und Fortschritt«, nahm aber nicht aktiv an der jungtürkischen Militärrebellion teil, die durch ihren überraschenden Sieg dem Sultan die Proklamation einer Verfassung entriß und Enver Pascha an die Spitze des Staates brachte. Zwischen beiden Männern stand eine heftige, rivalisierende Feindschaft; bis zum Ende des Weltkrieges fühlte sich Kemal von Enver ebenso in seiner militärischen Karriere als auch in der Politik übertrumpft und ausgestochen. Vor allem war er ein heftiger Gegner des Militärbündnisses mit Deutschland, das er auch während des Weltkrieges offen bekämpfte. Dessenungeachtet führte er 1915 die erfolgreiche Verteidigung Gallipolis durch und wurde fast zum Nationalheros.

Am Ende des Krieges erhob er ein Programm des nationalen Widerstandes gegen das Diktat der Entente, die Konstantinopel besetzt hielt und die jungtürkische Regierung verjagt hatte. Kemal versuchte, sich durch das Parlament an die Spitze des Staates stellen zu lassen, doch wurde er preisgegeben. Daraufhin verlangte er vom Sultan die Auflösung des Parlaments und die Bildung einer »starken Regierung«, in der er das Kriegsministerium beanspruchte. Der Sultan